

❖ Seit neunzig Jahren sind Frauen in Deutschland wahlberechtigt. Im November 1918 wurde das Wahlrecht für Frauen eingeführt, im Januar 1919 kam es zu den ersten Wahlen, bei denen auch Frauen ihr Stimmrecht einsetzten. Vieles hat sich verändert seit diesem Meilenstein in der Geschichte der Gleichstellungspolitik. Ob auf dem Fußballrasen oder im Kanzleramt, in vielen traditionellen Männerdomänen haben heute Frauen nicht nur sprichwörtlich die Hosen an: „Wir“ sind also nicht nur Papst, sondern auch Weltmeister und Kanzler, um an die prominente Schlagzeile einer deutschen Tageszeitung anzuknüpfen.

Grund zum Feiern also – ohne nachzulassen allerdings, befindet Ministerin Ursula von der Leyen in diesem Heft in ihrem Beitrag (Seite 5 ff.). Entscheidende Weichen wurden gestellt, aber für die Politik gibt es noch viel zu tun. Dies zeigt etwa auch ein Blick auf den Umgang der Medien mit Frauen *in der Politik*. Nicht selten ist dieser Tage im US-Wahlkampf von der Frisur Hillary Clintons zu lesen, niemand interessiert sich hingegen für die Aufmachung Barack Obamas. (Un-)Gepflogenheiten dieser Art kursierten auch in der deutschen Boulevard-Landschaft 2005 zum Bundestagswahlkampf. Sie sind aber nicht nur Ausdruck einer milieuspezifischen Perspektive. Mehr als Männer werden Frauen nach äußeren Kriterien beurteilt, was problematisch ist, wenn zugleich Rückschlüsse auf Intelligenz und Fähigkeiten gezogen werden.

50,5 Prozent, etwas mehr als die Hälfte aller Studienabschlüsse im Jahr 2005, wurden von Frauen gemacht, als Inhaberinnen von Lehrstühlen sind Frauen aber deutlich unterrepräsentiert, um Führungspositionen außerhalb der Universität ist es noch schlechter bestellt. Wo im Bereich Wissenschaft und Bildung der Schuh drückt, analysiert Ministerin Annette Schavan in ihrem Beitrag (Seite 10 ff.). Hier geht es aber nicht ausschließlich um Frauenförderung, sondern auch um die Berücksichti-



gung von Besonderheiten beiderlei Geschlechts in verschiedenen Altersphasen: Die Gender-Debatten sind differenzierter geworden.

Der Bedarf an frauenpolitischen Verbesserungen besteht nach wie vor – auch mit Blick auf den demografischen Wandel. In der EU nimmt Deutschland den wenig ruhmreichen vierten Platz in Sachen Lohn-

gefälle ein. Ursachen für die „Lohnschere zwischen Männern und Frauen“ und für die Minderbewertung von frauenspezifischen Tätigkeiten analysiert Detlef Grieswelle (Seite 35 ff.). In Anbetracht des enormen Geburtenrückgangs und des davon angestoßenen demografischen Wandels ist ein Mentalitätswandel notwendig. Dem Recht der Frauen auf einen eigenen Lebensentwurf – „Karrieresegen und Kinderglück“ – wirkt die staatliche Subventionierung des Hausfrauendaseins in Form von Ehegattensplitting entgegen, kritisiert Norbert Häring (Seite 24 ff.) und wertet die Krippenplatzinitiative als gesamtwirtschaftliche Investition.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine Frage von gesamtgesellschaftlicher Tragweite. Die Thematik geht insgesamt also über rein frauenpolitische Fragen hinaus, denn im Horizont der Familienpolitik betrifft sie Mütter ebenso wie Väter und die an sie gestellten und zunehmend wachsenden Herausforderungen. Sie soll im Rahmen eines eigenen Beitrages über „Eltern unter Druck“ im kommenden Heft der *Politischen Meinung* weitergehend behandelt werden. Die Ergebnisse einer empirischen Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Sinus-Instituts (ORT) über die Lebenssituation von Eltern in Deutschland (erscheint Ende Februar 2008) wird daher Christine Henry-Huthmacher in der März-Ausgabe vorstellen. ❖